

Staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend			32. Sitzungsprotokoll
18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2011 - 2015
Sitzungstag: 05.02.2015	Sitzungsbeginn: 14:30 Uhr	Sitzungsende: 17:05 Uhr	Sitzungsort: KWADRAT, Wilhelm-Kaisen- Brücke 4, 28199 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anliegende Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Frau Senatorin Stahmann			

Frau Senatorin Stahmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der Deputation und bedankt sich bei der Werkstatt Bremen, dass die Deputation im KWADRAT tagen kann. Sie entschuldigt den Geschäftsführer der Werkstatt Bremen, Herrn Hautop, der leider nicht persönlich anwesend sein kann und übermittelt dessen herzliche Grüße.

Frau Senatorin Stahmann gratuliert Herrn Staatsrat Frehe im Namen der Deputation herzlich zu dessen heutigem Geburtstag.

Frau Senatorin Stahmann weist daraufhin, dass der Tagesordnungspunkt 5 „Entwurf für eine Personalverordnung zum Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetz (BremWoBeG)“ ausgesetzt wird.

Folgende geänderte Tagesordnung wird genehmigt:

1. Protokoll über die Sitzung am 08.01.2015
2. Richtlinien für die Heranziehung unterhaltspflichtiger Kinder zum Elternunterhalt in der Sozialhilfe **(Vorlage Nr. 133/15)**
3. Umsetzung der Bremischen Landesrahmenempfehlung über die Früherkennung und Frühförderung nach dem SGB IX (BremFrühE) sowie der Frühförderverordnung (FrühV) in der Stadtgemeinde Bremerhaven
Systemumbau der Inklusiven Kindertagesbetreuung in der Stadtgemeinde Bremerhaven **(Vorlage Nr. 134/15)**
4. Konzept zur Prävention von Teenagerschwangerschaften im Land Bremen endlich umsetzen!
(Antrag der Fraktion der CDU vom 15.01.2013, Drs. 18/726) **(Vorlage Nr. 135/15)**
5. Entwurf für eine Personalverordnung zum Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetz (BremWoBeG) **(Vorlage Nr. 137/15) - ausgesetzt -**
6. Lebenslagen und Teilhabechancen im Land Bremen
Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen **(Vorlage Nr. 138/15)**
7. Erlass der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen und des Senators für Gesundheit zur Durchführung der Praxisanleitung in den Berufen der Gesundheits- und Krankenpflege, Gesundheits- und Kinderkrankenpflege und der Altenpflege im Land Bremen **(Vorlage Nr. 139/15)**
8. Verschiedenes
 - a) Aktuelle Information Flüchtlingsunterbringung **(Mündlicher Bericht)**

TOP 1: Protokoll über die Sitzung am 08.01.2015

Frau Grönert (Fraktion der CDU) bittet zu TOP 4 „Entwurf für eine Personalverordnung zum Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetz (BremWoBeG) um folgende Ergänzung: „Frau Grönert (Fraktion der CDU) bittet um Prüfung, ob die „Kann Regelung“ in § 10 nicht so gefasst werden kann, dass eine mehrfache Befreiung für 6 Monate nacheinander sowohl von Seiten des Antragstellers sowie von Seiten der Behörde ausgeschlossen wird.“

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend genehmigt das Protokoll mit der Ergänzung über die Sitzung am 08.01.2015.

TOP 2: Richtlinien für die Heranziehung unterhaltspflichtiger Kinder zum Elternunterhalt in der Sozialhilfe (Vorlage Nr. 133/15)

Herr Schröter (soz. erf. Dritter) hat einige Anmerkungen zur Richtlinie.

Die Verwaltung sagt eine Überprüfung zu.

Frau Grönert (Fraktion der CDU) bittet zukünftig darum, unter Punkt D. der Deputationsvorlage deutlicher auf die finanziellen Auswirkungen in Richtlinien und Verwaltungsanweisungen einzugehen.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt die Richtlinien für die Heranziehung unterhaltspflichtiger Kinder zum Elternunterhalt in der Sozialhilfe zur Kenntnis.

TOP 3: Umsetzung der Bremischen Landesrahmenempfehlung über die Früherkennung und Frühförderung nach dem SGB IX (BremFrühE) sowie der Frühförderverordnung (FrühV) in der Stadtgemeinde Bremerhaven Systemumbau der Inklusiven Kindertagesbetreuung in der Stadtgemeinde Bremerhaven (Vorlage Nr. 134/15)

Frau Senatorin Stahmann führt in die Vorlage ein.

Es kommt zu einer Aussprache.

Frau Ahrens (Fraktion der CDU) wiederholt ihre Kritik aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellt Nachfragen zur Situation in Bremerhaven.

Die Verwaltung führt darauf die Situation in Bremerhaven aus.

Die Deputation fasst bei Enthaltung der Fraktion der CDU folgenden

Beschluss

1. Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt die Vorlage zur landeseinheitlichen Umsetzung der Frühförderverordnung und zum Systemumbau der inklusiven Kindertagesbetreuung für behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder nach dem SGB VIII und XII in der Stadtgemeinde Bremerhaven zur Kenntnis.
2. Sie stimmt der landeseinheitlichen Anpassung der dargestellten Fachstandards und Strukturen zur Frühförderung und zur inklusiven Kindertagesbetreuung nach dem SGB XII zu.
3. Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, die dargelegten anteiligen Folgekosten für das Land als überörtlichem Träger der Sozialhilfe nach dem SGB XII ab dem Kindergartenjahr 2015/2016 fortlaufend im bremischen Landeshaushalt des Ressorts darzustellen.

4. Sie bittet den Magistrat Bremerhaven um entsprechende Beschlussfassung zu den anteiligen dortigen Mehrkosten des Systemumbaus im Rahmen seiner örtlichen Zuständigkeiten.

**TOP 4: Konzept zur Prävention von Teenagerschwangerschaften im Land Bremen endlich umsetzen!
(Antrag der Fraktion der CDU vom 15.01.2013, Drs. 18/726) (Vorlage Nr. 135/15)**

Frau Senatorin Stahmann führt in die Vorlage ein.

Es schließt sich eine Debatte an.

Frau Ahrens (Fraktion der CDU) weist für die Fraktion der CDU daraufhin, dass sie der Vorlage nicht zustimmen werden, da sie der Schlussfolgerung in der Vorlage nicht teilen.

Herr Tuncel (Fraktion Die Linke) bittet um Darstellung der Platzzahl in Mutter-Kind-Einrichtungen.

Die Verwaltung sagt eine Information zu.

Die Deputation fasst gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und bei Enthaltung der Fraktion Die Linke folgenden

Beschluss

1. Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Bericht der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen zum Antrag der Fraktion der CDU „Konzept zur Prävention von Teenagerschwangerschaften im Land Bremen endlich umsetzen!“ vom 15.01.2013 (Drucksache 18/726) zu Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft (Landtag), den Antrag der Fraktion der CDU „Konzept zur Prävention von Teenagerschwangerschaften im Land Bremen endlich umsetzen!“ vom 15.01.2013 (Drucksache 18/726) abzulehnen.

**TOP 5: Entwurf für eine Personalverordnung zum Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetz (BremWoBeG) (Vorlage Nr. 137/15)
- ausgesetzt -**

**TOP 6: Lebenslagen und Teilhabechancen im Land Bremen
Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt
Bremen (Vorlage Nr. 138/15)**

Frau Senatorin Stahmann leitet in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Dr. Bronke führt mit einer Präsentation in den Armuts- und Reichtumsbericht ein.

Frau Grönert (Fraktion der CDU) bittet darum, die Präsentation dem Protokoll als Anlage beizufügen.

Frau Senatorin Stahmann sagt dies zu.

Hinweis der Verwaltung: Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Es schließt sich eine ausführliche Debatte an.

Frau Senatorin Stahmann bittet die Anwesenden, sich am weiteren Prozess im Rahmen von Veranstaltungen zu beteiligen.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Berichtsentwurf „Lebenslagen und Teilhabechancen im Land Bremen, Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen – ARB 2014 –“, zur Kenntnis.

Frau Senatorin Stahmann zieht mit Zustimmung der Deputation den Tagesordnungspunkt 8 „Verschiedenes“ vor.

TOP 8: Verschiedenes

a) Aktuelle Information Flüchtlingsunterbringung (Mündlicher Bericht)

Die Verwaltung berichtet über den aktuellen Sachstand:

Im Monat Januar 2015 sind 334 Flüchtlinge dem Land Bremen zugewiesen worden. Damit ist die bisherige Flüchtlingszahl des Vormonats erneut übertroffen worden.

Durch den hohen Zugang ist die Erstaufnahme in der Steinsetzerstraße aktuell überbelegt. Darüber hinaus wurden einige Notmaßnahmen getroffen, wie z.B. Überbelegung bestehender Übergangwohnheime, Akquise zusätzlicher Wohnungen. Falls der hohe Zugang anhält, sollen u.a. Wohnungen belegt werden, die von Kirchengemeinden bereitgestellt werden. Auch wird eine Vorabbelegung vom Bundeswehr-Hochhaus und Zollamt geprüft.

Erfreulicherweise haben einige Beiräte dem Bau zusätzlicher Übergangwohnheime zugestimmt (Huchting, Mitte, Neustadt, Findorff). In den nächsten Monaten werden zusätzliche Plätze u.a. in der Löningsstraße, im Klinikum Mitte und in Kattenturm bereit stehen.

Frau Senatorin Stahmann sagt für die weiteren Sitzungen der Deputation Berichte zur aktuellen Situation zu.

Auf Wunsch der Deputierten werden die Zahlen der Vorlage „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Land Bremen“ (Vorlage Nr. 128/15) zur nächsten Sitzung aktualisiert vorgelegt.

Frau Senatorin Stahmann berichtet, dass Bremen es mit einer neuen Lage zu tun hat, mit jungen Menschen, wie sie in Bremen bislang nicht betreut werden mussten. Deshalb müssen auch neue Instrumente entwickelt werden, da das bisherige Instrumentarium an seine Grenzen stößt. Dazu müsse im Einzelfall auch eine vorübergehende geschlossene Unterbringung im Rahmen einer Komplexeinrichtung mit in Betracht gezogen werden. Dort müssen alle Bereiche interdisziplinär eng zusammenarbeiten.

Es könne nicht die Haltung der Polizei sein, wenn sie keinen Haftbefehl bekommt, muss die Jugendhilfe die Jugendlichen eben wegsperren. Die Jugendhilfe sei genauso an Recht und Justiz gebunden wie Polizei und Justiz. Geschlossene Unterbringung sei überhaupt nur zulässig, wenn sie im Interesse des Kindeswohls steht. Sie sei nicht zulässig, um zu verhindern, dass die Jugendlichen Antanzdelikte begehen oder Ladendiebstähle. Eine geschlossene Einrichtung sei keine Lösung.

Es schließt sich eine umfassende Diskussion an.

Die Verwaltung sagt zur nächsten Sitzung einen Sachstandsbericht zur Schaffung einer Komplexeinrichtung zu.

TOP 7: Erlass der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen und des Senators für Gesundheit zur Durchführung der Praxisanleitung in den Berufen der Gesundheits- und Krankenpflege, Gesundheits- und Kinderkrankenpflege und der Altenpflege im Land Bremen (Vorlage Nr. 139/15)

Die Verwaltung beantwortet Verständnisfragen.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den vorliegenden Erlass zur Praxisanleitung in den Berufen der Gesundheits- und Krankenpflege, Gesundheits- und Kinderkrankenpflege und der Altenpflege im Land Bremen des Senators für Gesundheit und der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen zur Kenntnis.

Vorsitzende

Sprecher

Protokollführerin

Anlage

zu TOP 6 „Lebenslagen und Teilhabechancen im Land Bremen - Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen“

Armut und Reichtum - Teilhabe und sozialer Zusammenhalt

Zahlen und Perspektiven
im Land Bremen

Bremen, 5.2.2015

Dr. Karl Bronke

Gliederung

- Die **Frage**:
Wer ist arm? – Wer ist reich?



- Die **Strategie** für Bremen:
10 Wege zur Stärkung des
sozialen Zusammenhalts



- Das **Ziel**



Wer ist arm? – Wer ist reich ①

- Armut und Reichtum sind nicht nur am verfügbaren Geld zu messen, sondern auch an der **Teilhabe** in den Lebensbereichen wie Arbeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit (erweiterter Armutsbegriff).

Armut und Teilhabe

9. Treffen der Menschen
mit Armutserfahrung

26.-27. September 2014 | Hamburg



Wer ist arm? – Wer ist reich

□ Zunächst: Einkommensarmut

□ *Absolute Armut:*

notwendige Mittel zur
Existenzsicherung fehlen

□ *Relative Armut:*

Verfügbare Ressourcen im Verhältnis
zur Gesamtbevölkerung



Wer ist arm? – Wer ist reich

Verfügbares Einkommen



- Ausgangspunkt ist das mittlere Einkommen: in 2012 für 1-Pers.-Haushalt 1.450 € netto (Median)
- **Armutsgefährdet** laut EU: < 60%, also **unter 869 €**
- **Reich** (laut wiss. Debatte): > 200%, also **ab ca. 3.000 €**

Wer ist arm? – Wer ist reich

- Äquivalenzeinkommen:
Es erfolgt eine Umrechnung nach Haushaltsgröße:
 - erste Person 1,0
 - weitere Person > 14 Jahre: 0,5
 - weitere Person < 14 Jahre: 0,3
- *Beispiel:* Eltern mit 2 Kindern:
 $1,0 + 0,5 + 0,5 + 0,3 = 2,3 = 2.000 \text{ €}$



Wer ist arm? – Wer ist reich

- Ergebnis für das **Land Bremen**:
23,1% sind armutsgefährdet.
7,3 % sind reich (Einkommen)
- Ergebnis für **Bremen (Stadt)**:
22,3% sind armutsgefährdet.
- Ergebnis für **Bremerhaven**:
27,1% sind armutsgefährdet.

Quelle: www.amtliche-sozialberichterstattung.de Stand 2012

Wer ist arm? – Wer ist reich

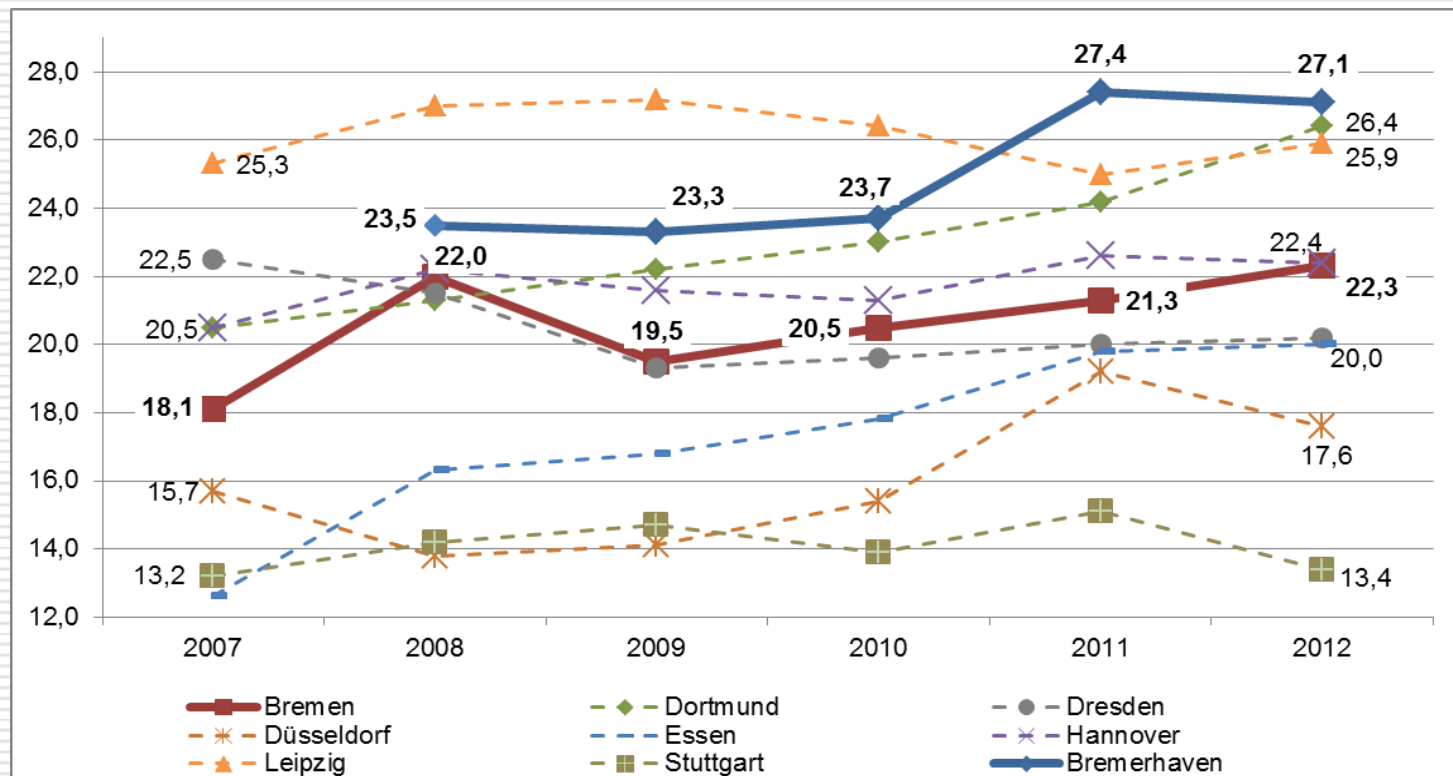
Bremen im Ländervergleich

Land	2007	2008	2012
Bremen	19,1	22,2	23,1
Mecklenburg-Vorpommern	24,3	24,0	22,9
Berlin	17,5	18,7	21,2
Sachsen-Anhalt	21,5	22,1	20,9
Hamburg	14,1	13,1	14,8
Bayern	11,0	10,8	11,2
Deutschland	14,3	14,4	15,2



Wer ist arm? – Wer ist reich ?

Bremen und Bremerhaven als Städte



Wer ist arm? – Wer ist reich

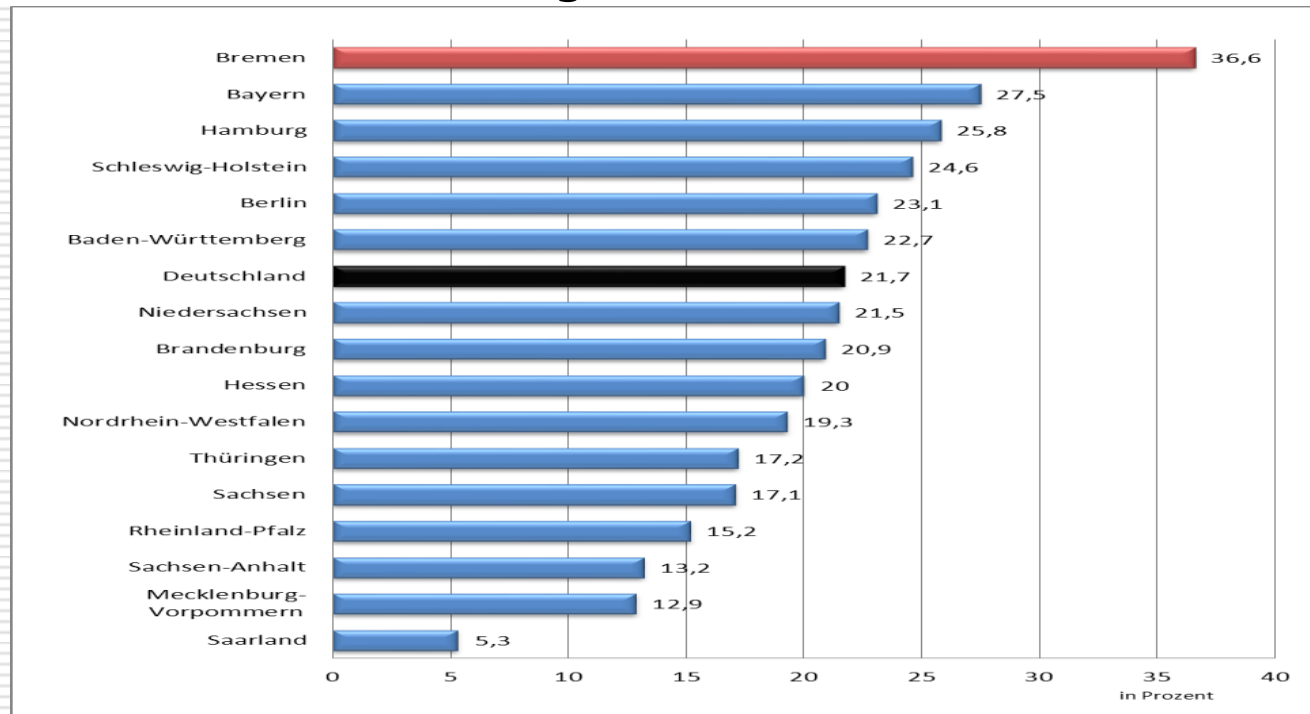
- Schwelle Bund: 869 €
- Schwelle Bremen: 805 €
- Schwelle Bayern: 942 €
- Schwelle Meck-Pomm: 723 €
- Beim Ländervergleich wird die Bundesschwelle zu Grunde gelegt.
- Ergebnis Länderschwelle: im Land Bremen wären **18,5%** armutsgef.

Quelle: www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A2armutsgefaehrungsschwellen.html (9.11.2014)

Wer ist arm? – Wer ist reich

□ Reichtum: Vermögen

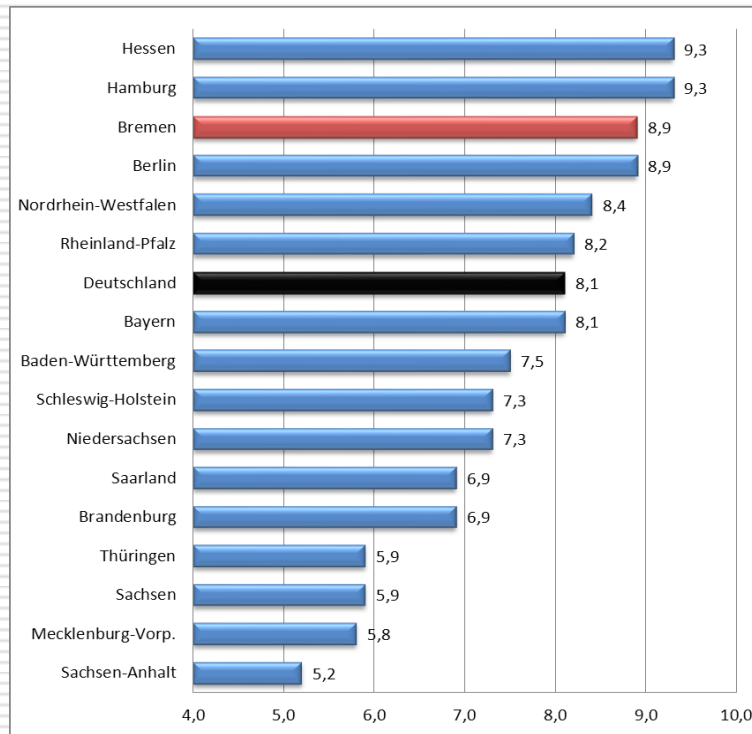
Entwicklung 2005-2011



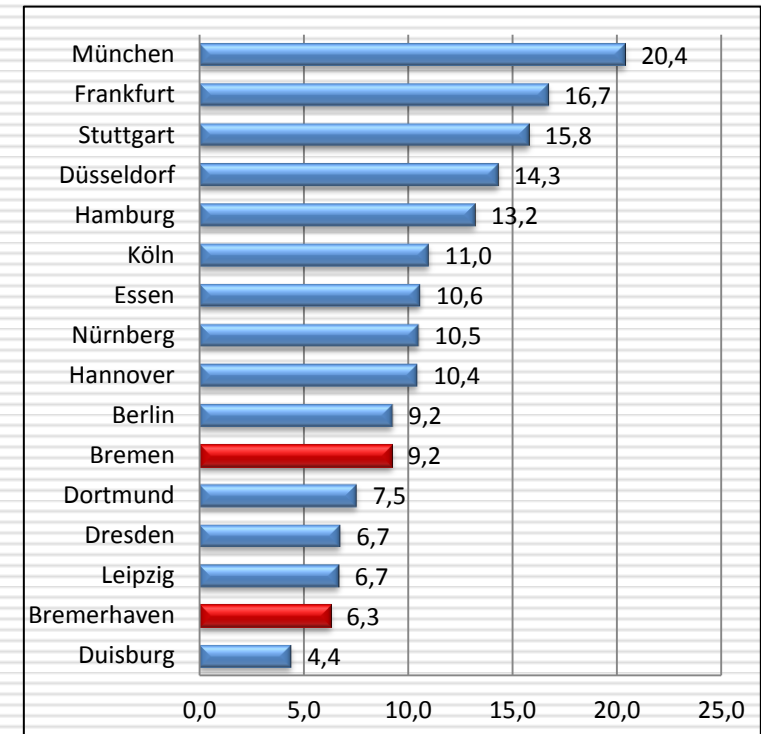
Wer ist arm? – Wer ist reich

Reichtum: Einkommen

Nach Ländern

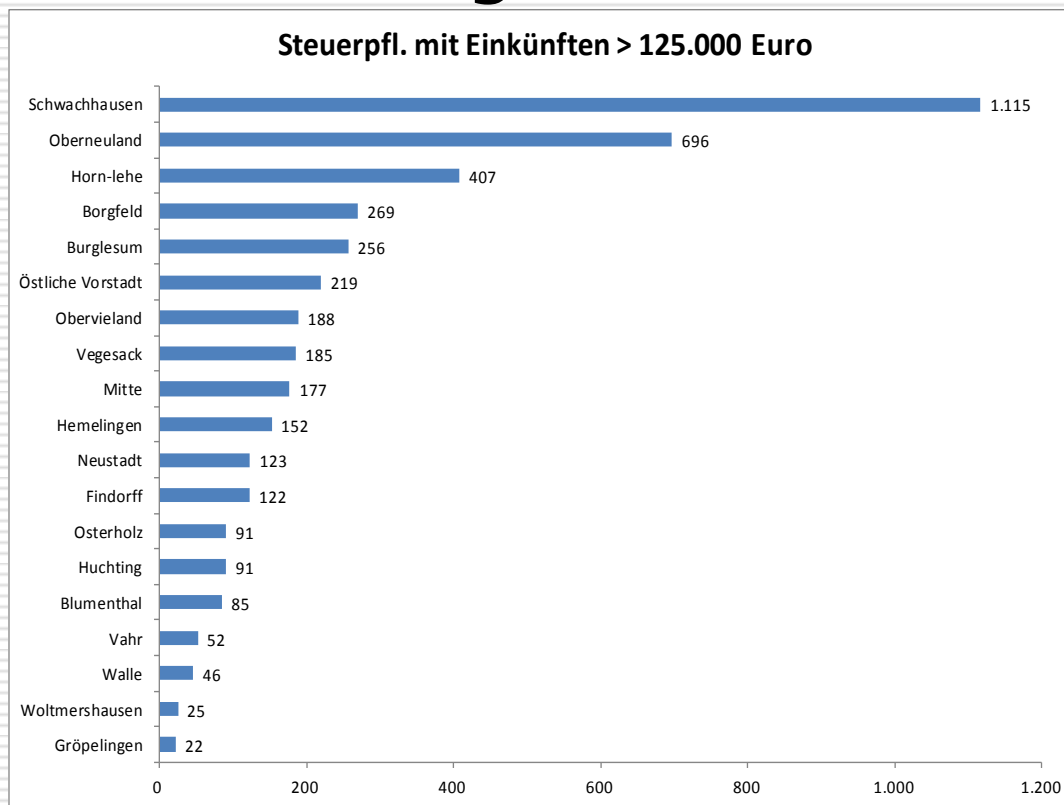


Nach Städten



Wer ist arm? – Wer ist reich

Polarisierung der Einkommen



Was geht?

- Einkommensarmut und ungleiche **Einkommensverteilung** können auf lokaler Ebene nicht sofort beseitigt werden.
- Notwendig sind dazu ausreichende Einkommen, Arbeitsplätze und eine gerechte Steuerpolitik.
- Lokale Handlungsmöglichkeiten liegen vor allem in verbesserter **Teilhabe**.

10 Wege ...

- ... zur Bewältigung von Armutslagen
- ... zur Verbesserung der Teilhabe
- ... zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts in unseren Städten und Stadtteilen.



Wer ist von Armut betroffen?

1. Arbeitslose Menschen

Die Lage

Die Beschäftigung hat um 6% zugenommen, die Arbeitslosenzahl ist gesunken

Die Arbeitslosigkeit bleibt hoch: 11-12%

Der Sockel verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit ist konstant hoch (44% der A.)

Die Jugendarbeitslosigkeit ist weiter ein Problem

Was tut Bremen

Aktive Wirtschaftsstrukturpolitik fortsetzen:
Strukturkonzept 2020

Verstärkte Vermittlung durch „Job-Offensive Bremen“

Programm LOS und Stadtteilprogramme im BAP BiWAQ geplant

Einrichtung einer Jugendberufsagentur 2015

2. Arm trotz Arbeit



Die Lage

45.000 Beschäftigte arbeiten ausschließlich im Mini-Job

16% aller Arbeitnehmer arbeiten im Niedriglohnbereich

15.000 Personen im SGB II-Bezug sind erwerbstätig

Was tut Bremen

Bundesinitiativen zur Einschränkung von Mini-Jobs
Verbesserte Kinderbetreuung

Landesmindestlohngesetz
Unterstützung Bundesmindestlohngesetz

Ausrichtung des BAP auf Armutsbekämpfung
Besondere Vermittlungsangebote JC

3. Familien in Armut



Die Lage

Alleinerziehende und große Familien haben das höchste Armutsrisiko

Armut schränkt die Teilhabemöglichkeiten ein

In dieser Gruppe sind Risikolagen häufiger

Was tut Bremen

Unterstützungsangebote in Quartierszentren, Familienzentren, Häusern der Familie

Vereinfachte Ausgestaltung des Bildungs- und Teilhabepakets; Stadtticket geplant: Bremen-Pass

Frühe Hilfen und Familienhebammen
TippTapp 2012 erweitert

4. Überschuldete Haushalte

Die Lage

43.000 Haushalte sind
überschuldet

Die Zahl im Land hat
zugenommen

Schon Jugendliche geraten
in die Schuldenfalle

Was tut Bremen

Bremen finanziert
Schuldenberatungsstellen

Seit 2012 gibt es eine
präventive
Schuldnerberatung

Förderung von
Finanzkompetenz schon in
der Schule ist notwendig

5. Preiswertes Wohnen

Die Lage

Die Zahl der Sozialwohnungen ist 2013 auf 8.700 gesunken

Die Bestandsmieten im preisgünstigen Bereich sind 2006-10 um 20% gestiegen

Die Kosten der Unterkunft und Heizung (SGB II, XII) sind gestiegen

Was tut Bremen

Das Wohnungsbauprogramm des Senats plant 350 geförderte Wohnungen p.a.

Kappungsgrenzen-VO des Senats beschränkt Mieterhöhungen

Die Verwaltungsanweisung wurde angepasst.

6. Bildung ist die Grundlage



Die Lage

Hoher Zusammenhang
zwischen Armut und
Bildungserfolg

Hohe Bedeutung des
erfolgreichen
Schulabschlusses

Was tut Bremen

- Betreuungsquote der U3 von 15% auf 45% erhöht
- Schulsozialarbeit verstetigt
- Sprachberater in jeder Schule (Sprachbildungskonz.)
- Unterstützungsstrukturen: QUIMS, QBZ, REBUZ
- 10 neue Ganztagschulen

Schulabbrecherquote von
9,2% (2007) auf 6,8%
(2012) gesenkt

7. Altersarmut droht



Die Lage

Zahl der Grundsicherungsempfänger ist von 2007-2012 um 21% gestiegen

Mit der steigenden Zahl der 1-Pers.-Haushalte steigt das Risiko der Einsamkeit

Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt jedes Jahr um 2-3%

Was tut Bremen

Einsatz für existenzsichernde Rente auf Bundesebene

Ausweitung der Projekte „Aufsuchende Altenarbeit“
Beratungsstelle Gemeinschaftliche Wohnformen

„Bremer Pflegeinitiative“
Ausbildungsplätze von 50 in 2009 auf 140 in 2014

8. Die Teilhabe wird behindert

Die Lage

Im Land Bremen sind 62.000 Menschen schwerbehindert.

Ihre Teilhabe wird durch zahlreiche Barrieren erschwert.

Die UN-Konvention verpflichtet zu einer Inklusionspolitik.

Was tut Bremen

Bremen hat 2014 den Entwurf eines Landesaktionsplans zur Umsetzung der UN-BRK vorgelegt.

Das Ziel „Inklusives Schulsystem“ wurde 2009 verbindlich.

Zwei Drittel aller Schüler mit Behinderung werden in Regelschulen unterrichtet.

9. Flüchtlinge kommen zu uns

Die Lage

In 2013 sind 1.300 Flüchtlinge nach Bremen gekommen. Die Zahl stieg 2014 auf über 2.000.

Mehr als 4.500 Personen erhalten Leistungen nach dem AsylbLG.

Die Integration in die Stadt ist notwendig.

Was tut Bremen

Bremen hat ein Gesamtkonzept vorgelegt.

Die Vermittlung in Wohnraum wurde gesteigert.

Für die gesundheitlichen Hilfen wurde die Krankenversicherungskarte entwickelt.

Sprachförderung, Betreuung, Runde Tische werden organisiert.

10. Armut ist ungleich verteilt

Die Lage

Die Lebenslagen in den Quartieren differieren erheblich:

- Einkommen von 18.000 bis 108.000 €
- Arbeitslos: von 3% - 31%
- Altersarmut: 0,2 - 13,5%
- Kinderarmut: 1,7% - 56%
- Sprachförderbedarf von 7,7% - 63,4%
- Kein Abitur: 15% - 87%

Was tut Bremen

- Ausbau der Programme „WiN“
- Lokale Beschäftigungsförderung
- Wohnungsbauförderung zur sozialen Durchmischung
- Lokale Programmverknüpfung durch „ZugABe“
- Schaffung von Quartierszentren (neu: Huckelriede)



Das Ziel ist also ...



- ... auf **Bundesebene** für ausreichende und gut bezahlte Arbeit, bedarfsgerechte Transferleistungen und eine ausgleichende Steuerpolitik einzutreten
- ... in Bremen und Bremerhaven die **Teilhabe** in den Lebensbereichen zu verbessern.
- ... und im **Bündnis** aller Beteiligten den **sozialen Zusammenhalt** zu stärken.



Vielen Dank ...

... für Ihre
Aufmerksamkeit!